

Thema: Planungspolitik

Für lebenswerte, soziale Städte und Regionen mit gleichwertigen Lebensbedingungen

Die Entwicklung von Stadt und Land verläuft sehr unterschiedlich. Während die Großstädte im Rheinland, Münster und Bielefeld sowie ihr Umland stark wachsen, verlieren ländliche Räume in der Peripherie massiv an Einwohner:innen. Im Raum Köln und Düsseldorf steigen die Mieten rasant, preiswerter Wohnraum wird zunehmend knapper, und der Bestand an Sozialwohnungen ist aufgrund der völlig verfehlten Förderpolitik und der unzureichenden Richtlinien des Landes drastisch gesunken. Im Raum Höxter und am Niederrhein hingegen stehen immer mehr Häuser leer. Die „Flucht aufs Land“ der 1970er und 1980er Jahre hat sich längst umgedreht.

Auch zwischen den Ballungszentren gibt es große Unterschiede. Die vom Niedergang der Kohleindustrie und der Rationalisierung der Stahlindustrie geprägten Großstädte im Ruhrgebiet und im ebenfalls altindustriell geprägten Bergischen Land schrumpften fast 50 Jahre lang. Erst in den letzten Jahren gibt es wieder leichtes Wachstum, vor allem durch die Zuwanderung von Geflüchteten und den Ausbau der Universitäten.

Linke Kommunalentwicklungspolitik muss diese Unterschiede berücksichtigen und entsprechend differenzierte Antworten und Lösungsansätze bieten. Die Anforderungen an den Wohnungsbau und damit an die Stadtentwicklung sind in den schnell wachsenden Großstädten und ihrem Umland mit der dortigen Wohnungsknappheit ganz anders als im ländlichen Raum.

Trotz dieser unterschiedlichen Bedingungen tritt Die Linke für eine solidarische Stadtentwicklung ein, für lebenswerte und lebendige Städte und Regionen für alle. Die Ansiedlung von Unternehmen, der Wohnungsbau, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse aller Einwohner:innen ausgerichtet sein und dürfen nicht den Profitinteressen von Konzernen, Banken und Investoren untergeordnet werden.

Die Linke hält an dem im Grundgesetz verankerten Grundsatz der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen fest. Bundes- und Landespolitik müssen sich daran messen lassen, und der Landesentwicklungsplan muss darauf ausgerichtet sein.

Neue Herausforderungen der Stadtplanung angehen

Die gesellschaftliche Entwicklung und Fragen wie die Klimakatastrophe stellen die Stadtentwicklung vor neue Anforderungen. Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich hat in den letzten Jahren zugenommen. Die Armut hat sich verfestigt und trotz guter Konjunktur weiter zugenommen, häufig in Verbindung mit Langzeiterwerbslosigkeit und unsteter Beschäftigung. Dies betrifft inzwischen mehrere Generationen. Ein besonders deutlicher Ausdruck davon ist die gestiegene Kinderarmut. Gleichzeitig wächst der Reichtum. Diese Gegensätze spiegeln sich auch in der Entwicklung der Stadtteile wider. In Großstädten wie Essen gibt es inzwischen Stadtteile, in denen mehr als 50 Prozent der Kinder als arm gelten, während der Bezug von Bürgergeld in anderen Stadtteilen kaum eine Rolle spielt.

Die Linke lehnt diese zunehmende Ghettoisierung ab und setzt sich für eine soziale Vielfalt in den Stadtteilen und Wohnbezirken ein. Stadtteile mit sozialen Problemen müssen durch ein Quartiersmanagement unterstützt werden, das ihnen hilft, soziale Netzwerke aufzubauen. Diese Quartiersarbeit muss dauerhaft gesichert sein und darf nicht mit Auslaufen eines Förderprogramms wieder verschwinden. Die Verbesserung des Wohnumfelds darf nicht zu steigenden Mieten und zur Vertreibung von Bewohner:innen führen.

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Bevölkerung hat sich in den Städten in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Etwa 28 Prozent der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen hat einen Migrationshintergrund, in Köln sind es sogar 38 Prozent. Gleichzeitig wird die Bevölkerung immer älter. Besonders im Ruhrgebiet liegt das Durchschnittsalter deutlich höher als im Landesdurchschnitt, was auf den Fortzug ganzer Generationen zurückzuführen ist. Auch hieraus ergeben sich Aufgaben für die kommunale Planung. Die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit internationaler Familiengeschichte müssen stärker berücksichtigt werden – sowohl in kulturellen und sozialen Einrichtungen als auch auf den Friedhöfen. Barrierefreies Wohnen und eine gute Erreichbarkeit von Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen müssen berücksichtigt werden, um den Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft gerecht zu werden.

Unter den Bedingungen der Klimakatastrophe und der zunehmenden Erderwärmung müssen die Großstädte dennoch lebenswert bleiben. Mehr Freiflächen müssen erhalten und geschaffen werden, da diese für die Verbesserung der Luftqualität unerlässlich sind. Wir brauchen mehr Grün. Der Flächenverbrauch und die Versiegelung neuer Flächen müssen gestoppt werden – das Ziel muss Null Flächenverbrauch sein. Dies erfordert ein Umsteuern der städtischen Bauleitplanung. Der Umbau im Bestand hat für Die Linke Vorrang, ebenso die Verdichtung bereits bebauter Flächen, unter Berücksichtigung des lokalen Freiraumbedarfs und der stadtklimatischen Anforderungen.

Alle Städte sind durch die Arbeit von Millionen Menschen gewachsen. Sie entstanden durch bestimmte Industriebranche oder waren Zentren für Handel und Märkte. In den letzten Jahrzehnten ist der Anteil des produzierenden Gewerbes jedoch deutlich zurückgegangen. Die ursprünglich modernen Vorstellungen einer Entwicklung hin zur „Dienstleistungsgesellschaft“ sind längst an der Realität gescheitert. Die Linke ist der Meinung, dass vor allem alte, ungenutzte Industrieflächen wiederaufgearbeitet und einer neuen Nutzung zugeführt werden müssen. Das Profitinteresse vieler Eigentümer:innen, solche Flächen brachliegen zu lassen, um keine Altlasten beseitigen zu müssen, ist inakzeptabel.

Der Einzelhandel muss vor allem angesichts wachsender Probleme mit dem Individualverkehr eine quartiersnahe Versorgung gewährleisten. Daher lehnt Die Linke Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ ab. Das Problem der abends „toten“ Innenstädte kann nur durch eine Belebung des Wohnens und eines breiten Kulturangebots in den Innenstädten gelöst werden – auch wenn Kaufhäuser und Bürogebäude mehr Rendite versprechen.

Die Linke lehnt auch Sonntagsöffnungen im Einzelhandel rigoros ab. Sie bringen weder mehr Umsatz noch sind sie ein geeignetes Mittel zur Belebung der Innenstädte. Stattdessen fördert die Ausweitung der Öffnungszeiten prekäre Arbeitsverhältnisse und sorgt für mehr Stress bei den Verkäufer:innen.

Immer mehr Großprojekte führen zu Auseinandersetzungen, viele Bebauungspläne in den Großstädten werden beklagt. Die Linke setzt sich jedoch nicht für weniger, sondern für mehr Bürgerbeteiligung bei der Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen – insbesondere bei größeren Vorhaben – ein. Einsprüche gegen Bebauungspläne müssen mehr Gewicht erhalten, und die Verfahren müssen stärker als bisher auf einen Ausgleich der Interessen ausgerichtet werden und weniger auf die Durchsetzung der Interessen von Investoren.

Die Linke fordert:

- 88 • Erweiterung der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten bei Flächennutzungsplan- und
- 89 Bebauungsplanverfahren
- 90 • Einschränkung beschleunigter Verfahren, die die Bürgerbeteiligung verschlechtern
- 91 • Baupläne müssen auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden
- 92 • Einschränkung des Flächenverbrauchs durch Vorrang für Innenverdichtung
- 93 • Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich
- 94 • Ausloten von Nachverdichtungsmöglichkeiten, besonders in Wachstumsregionen
- 95 • Unterstützung bei energetischer Sanierung
- 96 • Verhinderung von Ghettoisierungen in Stadtquartieren
- 97 • Unterstützung von Programmen wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“
- 98 • Ausweitung des Quartiersmanagements in benachteiligten Stadtteilen
- 99 • Einrichtung von Gestaltungsbeiräten aus unabhängigen Expert*innen
- 100 • Förderung von Mehrgenerationen-Wohnprojekten und Wohnprojekten für ältere
- 101 Menschen
- 102 • Keine Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“
- 103 • Keine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten, insbesondere nicht durch
- 104 Sonntagsöffnungen
- 105 • Wiederbelebung von Innenstädten durch Kultur- und Wohnprojekte
- 106 • Nutzung von kommunalen Flächen durch Erbpacht statt Verkauf
- 107 • Förderung des Denkmalschutzes
- 108 • Entwicklung von Mindeststandards für Infrastruktur im ländlichen Raum
- 109 • Umsetzung von Barrierefreiheit in allen Bauvorhaben

110 **Für eine demokratische und soziale Regionalentwicklung**

111 Die wachsenden Gegensätze zwischen Stadt und Land sowie Arm und Reich erfordern eine
 112 stärkere Bedeutung der regionalen Entwicklung. Kommunale Aufgaben lassen sich immer
 113 weniger innerhalb einer einzelnen Stadt oder eines Landkreises bewältigen. Für die
 114 Daseinsvorsorge, etwa in der Strom-, Gas- und Wasserbereitstellung oder Abfallentsorgung, ist
 115 oft eine regionale Kooperation erforderlich.

116 Die Linke sieht in der weiteren Regionalisierung kommunaler Aufgaben einen Weg zur
 117 Überwindung der wachsenden Gegensätze zwischen Stadt und Land und für die Schaffung
 118 gleichwertiger Lebensbedingungen. Die Voraussetzungen für die Entwicklung regionaler
 119 Zusammenarbeit müssen vom Land gestärkt werden.

120 Die aktuellen Verwaltungsstrukturen in Nordrhein-Westfalen spiegeln diese Entwicklungen
 121 bisher nur unzureichend wider. Wichtige Änderungen gab es nur durch die Stärkung des
 122 Regionalverbandes Ruhr (RVR) und die Bildung der Städteregion Aachen.

123 Die Linke stellt sich gegen eine Politik der Standortkonkurrenz und für die Stärkung der
 124 Zusammenarbeit von Kommunen. Die politischen Strukturen und der Zuschnitt der

125 Mittelinstanzen müssen überprüft und der Entwicklung einer zunehmend vernetzten Region
126 angepasst werden.

127 **Für einen lebenswerten ländlichen Raum**

128 In vielen ländlichen Regionen wird das Leben zunehmend schwieriger. Die Infrastruktur ist
129 mangelhaft, und Kleinstädte verkommen zu schlichten Schlafstädten. Viele Dörfer leiden unter
130 fehlendem Anschluss an das öffentliche Verkehrsnetz, wenig Einkaufsmöglichkeiten und
131 schlechtem Zugang zu Gesundheitsversorgung und kulturellen Angeboten.

132 Die Linke setzt sich für eine gleichberechtigte, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte
133 und nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums ein. Das Konzept soll gleichwertige
134 Lebensverhältnisse sowohl in Städten als auch auf dem Land schaffen und die Menschen vor Ort
135 ausreichend versorgen. Das beinhaltet den schnellen Ausbau des Internet-Breitbandes, die
136 Sicherstellung der Gesundheitsversorgung durch die öffentliche Hand und die Förderung von
137 Kultur-, Sport-, Freizeit- und gastronomischen Angeboten im ländlichen Raum.